

Während die Gewalt im Land eskaliert: Solinger Ausländerbehörde drängt guineische Geflüchtete zur Ausreise

Während in Guinea seit der Präsidentschaftswahl Ende Oktober 2020 die Gewalt eskaliert, setzt die Stadt Solingen guineische Geflüchtete gezielt unter Druck, damit sie sich Rückreisedokumente ausstellen lassen.

Betroffene haben sich dagegen in einer Initiative zusammengeschlossen und werden in ihrem Anliegen von Rechtsanwältin Barbara Ginsberg unterstützt. „Geflüchteten aus Guinea wurde von der Solinger Ausländerbehörde die Arbeitserlaubnis entzogen,“ kritisiert Ginsberg. „Es wurde einigen sogar schriftlich mit Haft gedroht¹, um sie zur Beschaffung von Rückreisedokumenten zu zwingen. Während andere Ausländerbehörden ohne solch drakonische Maßnahmen auskommen, geht die Solinger Ausländerbehörde gegen Menschen vor, die eigentlich unseres Schutzes bedürfen und bereitet die Grundlage für ihre Abschiebungen vor. Dabei befinden sich alle mir bekannten Betroffenen noch im laufenden Asylverfahren. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD!“

Einer der Betroffenen, der namentlich ungenannt bleiben möchte, berichtet: „Ich bin nach Deutschland gekommen, nachdem ich ansehen musste, wie mein Vater bei einer Demonstration der Opposition von Sicherheitskräften erschossen wurde.“ – Das war unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl 2010, als der seitdem regierende Präsident Alpha Condé an die Macht gekommen ist. „Vor drei Wochen, nach der diesjährigen Präsidentschaftswahl, wurde nun mein Cousin von der Polizei erschossen. Sie haben ihn zu Hause aufgesucht und gezielt getötet. Wenn ich unter den aktuellen Umständen zurückkehren würde, wäre auch mein Leben in großer Gefahr.“

Nach der Präsidentschaftswahl am 18. Oktober 2020 haben Militär und Polizei Demonstrationen der Opposition zusammengeschossen. Sie haben inzwischen nach Angaben der Opposition mindestens 46 Menschen getötet.² Viele Menschen wurden inhaftiert und sind verschwunden. Nach Information von Oppositionellen aus Guinea sitzen alleine in dem Gefängnis Soronkoni in der Hauptstadt Conakry über 200 Regimegegner ein.

Amnesty International kritisiert in einem Bericht vom 25. Oktober 2020, Präsident Alpha Comdé würde „Friedhöfe regieren“ und fordert „die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, schnell zusammenzukommen und sich für den Schutz der Bevölkerung und für die Einleitung von Ermittlungen einzusetzen“.^{3 4} Auch UN-Generalsekretär António Guterres hat sich in einer Stellungnahme für ein Ende der Gewalt in Guinea ausgesprochen.⁵

„An eine Rückkehr in unser Heimatland ist für uns unter diesen Umständen nicht zu denken,“ so ein weiterer nach Deutschland geflüchteter Oppositioneller aus Guinea. „Wir fordern deshalb einen sofortigen Abschiebestopp und rufen die Ausländerbehörde Solingen auf, ihre Zwangsmaßnahmen einzustellen.“

Pressekontakt:

Rechtsanwältin Barbara Ginsberg, 0152-29250473, raginsberg@web.de
(auch zur Vermittlung von betroffenen Interviewpartnern)

1 s. Schreiben der Ausländerbehörde vom 29. Oktober und 4. November 2020 (Anhang).

2 <https://nuemberger-blatt.de/2020/11/verfassungsgericht-in-guinea-bestaetigt-dritte-amtszeit-fuer-staatschef-conde>

3 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/10/guinee-images-satellites-tirs-balles-reelles-par-les-forces-de-defense/>

4 <https://www.africa-live.de/westafrika-guinea-amnesty-belastet-alpha-condes-guinea-schwer/>

5 <https://nuemberger-blatt.de/2020/10/guterres-ruft-zu-friedlicher-beilegung-der-krise-in-guinea-auf>